

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	18
Einleitung	23
ERSTER TEIL	
Allgemeine Bemerkungen zu der bevorstehenden Teilreform des Seehandelsrechts	25
§ 1 Der Hintergrund der Reform	25
I. Das Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch von 1861 und das Handelsgesetzbuch von 1897	25
II. Gegenwärtige Reformtendenzen im Seehandelsrecht	27
III. Die Reformbedürftigkeit der Reederhaftung	30
1. Modernisierung der veralteten Regelung	30
2. Streben nach internationaler Rechtseinheit	33
3. Rationalisierung und Anpassung an die Sonderrechte anderer Verkehrsmittel	34
§ 2 Überblick über Entstehung, Inhalt und Bedeutung der vorgelegten Gesetzentwürfe	36
I. Entstehungsgeschichte der Entwürfe	36
II. Inhalt und Bedeutung der Gesetzentwürfe	38
1. Der Entwurf eines Vertragsgesetzes	38
2. Der Entwurf eines Seerechtsänderungsgesetzes und der Entwurf einer Seerechtlichen Verteilungsordnung	38
a) Übernahme des Reederhaftungsabkommens	38
b) Übernahme des Übereinkommens über die zivilrechtliche Zuständigkeit bei Schiffszusammenstößen	41
c) Änderungen des geltenden Rechts im Zusammenhang mit der Ratifikation des Übereinkommens über den Arrest in Seeschiffe	41

Inhaltsverzeichnis

d) Änderungen des geltenden Rechts im Zusammenhang mit der Ratifikation des Übereinkommens über die strafgerichtliche Zuständigkeit bei Schiffszusammenstößen . . .	42
e) Änderungen des geltenden Rechts ohne Beziehung zu den vier zur Ratifikation stehenden Übereinkommen . . .	42
III. Der Gegenstand der weiteren Erörterungen	43
 ZWEITER TEIL	
Der sachliche Geltungsbereich der summenmäßigen Haftungsbeschränkung	45
§ 3 Die Tatbestände summenmäßig beschränkter Reederhaftung . . .	45
I. Vorbemerkung: Die Entstehungsgründe der Reederhaftung . .	45
II. Die Tatbestände summenmäßig beschränkter Reederhaftung . .	48
1. Der Beschränkungsgrundsatz in E § 486 Abs. 1 HGB . .	48
a) Allgemeines	48
b) Aus der Verwendung des Schiffes entstandene Ansprüche	50
c) Beschränkung der Haftung für Ansprüche auf Ersatz von Personenschäden, Sachschäden und Schäden aus der Beeinträchtigung eines Rechts	52
aa) Personen- und Sachschäden	52
bb) Schäden aus der Beeinträchtigung eines Rechts . .	52
d) Konkurrenz der beschränkten Reederhaftung mit der beschränkten Verfrachterhaftung	56
2. Die nähere Ausgestaltung des Beschränkungsgrundsatzes in E § 486 Abs. 2 HGB	57
a) Beschränkung der Haftung für Ansprüche aus der Beeinträchtigung von Personen, Sachen und Rechten durch eine Person an Bord des Schiffes	58
b) Beschränkung der Haftung für Ansprüche aus der Beeinträchtigung von zur Beförderung an Bord befindlichen Personen und von an Bord befindlichen Sachen . . .	60
c) Beschränkung der Haftung für Ansprüche aus schädigendem Verhalten im Zusammenhang mit bestimmten Maßnahmen des Schiffsbetriebs	61
d) Beweislast	63
III. Beschränkung der Haftung für Ansprüche aus der Verwendung von Nichterwerbsschiffen	64
IV. Beschränkung der Haftung für Ansprüche, die ausländischem Recht unterliegen	66
§ 4 Die nicht unter die summenmäßige Beschränkung fallenden Haftungstatbestände	70

Inhaltsverzeichnis

I. Ausdrücklich von der Haftungsbeschränkung ausgenommene Ansprüche	70
1. Auf ein persönliches Verschulden des Reeders gestützte Ansprüche	70
a) Allgemeines	70
b) Zurechnung des Verschuldens von Organen und bestimmten Vertretern	71
aa) Verschulden des gesetzlichen Vertreters des Einzelreeders und Verschulden eines Organs einer juristischen Person	71
bb) Verschulden des Korrespondentreeders einer Partenreederei	72
cc) Verschulden eines vertretungsberechtigten Gesellschafters einer Personenhandelsgesellschaft	73
c) Beweislastverteilung	73
aa) Allgemeines	73
bb) Das Problem der Haftungsbeschränkung für Ansprüche aus § 831 BGB	74
2. Verzicht auf die Haftungsbeschränkung	81
3. Ansprüche von Besatzungsmitgliedern und ihren Hinterbliebenen	82
a) Allgemeines	82
b) Ausländischem Recht unterliegende Ansprüche	83
4. Ansprüche aus Bergung oder Hilfeleistung und Ansprüche auf Beitragsleistung zur großen Haverei	85
a) Allgemeines	85
b) Gründe für die Herausnahme dieser Ansprüche aus der summenmäßigen Haftungsbeschränkung	86
c) Ansprüche aus der Beseitigung von Schiffahrtshindernissen	87
5. Ansprüche auf Ersatz nuklearer Schäden aus der Verwendung von Reaktorschiffen	88
6. Ansprüche auf Erstattung von Prozeßkosten	89
II. Sonstige nicht unter die Haftungsbeschränkung fallende Ansprüche	89
1. Erfüllungsansprüche aus Kapitängeschäften	90
2. Schiffsabgaben, Sozialversicherungsbeiträge und Ansprüche auf Rückzahlung vorausbezahlter Fracht	91
§ 5 Das Problem der Erstreckung der seerechtlichen Haftungsbeschränkung auf Ansprüche aus spezialgesetzlich normierter Gefährdungshaftung	91
I. Problemstellung	91

Inhaltsverzeichnis

II. Die vom Entwurf eines Seerechtsänderungsgesetzes vorgesehene Regelung	92
1. Überblick	92
a) Verhältnis des E § 486 zu § 25 AtG	92
b) Verhältnis des E § 486 zu § 26 AtG	93
c) Verhältnis des E § 486 zu § 22 WHG	93
d) Zusammenfassung	94
2. Kritische Würdigung der vom Entwurf des Seerechtsänderungsgesetzes vorgesehenen Regelung	94
a) Allgemeines	94
b) Die Generalklausel in E § 486 Abs. 1 HGB	94
aa) Erfasst E § 486 Abs. 1 seinem Wortlaut nach spezialgesetzliche Ansprüche aus Gefährdungshaftung?	94
bb) Gewährleistet E § 486 Abs. 1 die seerechtliche Haftungsbeschränkung für spezialgesetzliche Ansprüche aus Gefährdungshaftung?	96
c) E § 486 Abs. 3 Nr. 3 HGB	96
d) § 2 der Ausführungsvorschriften zum Reederhaftungsabkommen	97
aa) § 2 Abs. 1	97
bb) § 2 Abs. 2	97
e) Ergebnis	98
III. Die Tragweite des Problems	99
1. Gefährdungshaftung nach § 22 WHG	99
2. Gefährdungshaftung nach den §§ 25 und 26 AtG	102
3. Zusammenfassung	102
IV. Auslegung des Reederhaftungsabkommens (Art. 1 Abs. 1 und 3)	103
1. Vorbemerkung: Stellungnahmen in der Literatur	103
2. Wortlaut und Zusammenhang der Absätze 1 und 3 des Art. 1	103
3. Entstehungsgeschichte	104
4. Der Zweck des Reederhaftungsabkommens	106
a) Die Präambel	106
b) Die inhaltliche Ausgestaltung der vom Abkommen vorgesehenen Rechtsvereinheitlichung	107
aa) Überblick	107
bb) Der Zweck der seerechtlichen Haftungsbeschränkung	108
cc) Gilt die vom Abkommen vorgenommene Interessenabwägung auch für solche Ansprüche aus Gefährdungshaftung, die vom Wortlaut des Art. 1 Abs. 3 nicht erfaßt werden?	109

Inhaltsverzeichnis

c) Mögliche Einwände gegen die restriktive Auslegung des Art. 1 Abs. 3	112
5. Spätere Entwicklungen	114
6. Ergebnis	115
V. Eigener Lösungsvorschlag	116
1. Ausgangspunkt	116
2. Die Regelung im einzelnen	117
 DRITTER TEIL	
Der persönliche Geltungsbereich der summenmäßigen Haftungsbeschränkung	119
§ 6 Die zur Haftungsbeschränkung zugelassenen Personen	119
I. Der Reeder	119
II. Ausrüster und Charterer	120
1. Der Ausrüster	120
2. Der Charterer	120
III. Personen der Schiffsbesatzung und sonstige Bedienstete	121
1. Allgemeines	121
2. Die Gründe und die Problematik einer beschränkten Haftung der Besatzungsmitglieder und der sonstigen Bediensteten	123
3. Der Reeder als Kapitän seines Schiffes	126
IV. Die Beschränkung der Haftung des Seelotsen	127
1. Die im Entwurf des Seerechtsänderungsgesetzes vorgesehene Regelung	127
2. Kritische Würdigung der Regelung des Entwurfs	129
V. Die Beschränkung der Haftung der dem Reeder gleichgestellten Personen für Ansprüche, die ausländischem Recht unterliegen	130
 VIERTER TEIL	
Das Beschränkungsverfahren	132
§ 7 Vorbemerkung	132
§ 8 Haftungssummen	132
I. Der maßgebliche Raumgehalt des Schiffes	132
II. Die Haftungssumme je Raumtonne	133
1. Der Poincaré-Franken (Goldfranken)	133
2. Die Haftungsbeträge	134
3. Die Umrechnung der Haftungssumme in Deutsche Mark	136
III. Das Schadensereignis	137
1. Allgemeines	137

Inhaltsverzeichnis

2. Die Abgrenzung mehrerer Schadensereignisse	138
IV. Die Aufrechnung gegenseitiger Ansprüche aus demselben Schadensereignis	140
1. Die Regelung des Reederhaftungsabkommens und des Entwurfs eines Seerechtsänderungsgesetzes	140
2. Die Rechtslage nach geltendem Recht	143
V. Verschärfung oder Milderung der Reederhaftung? — Ein Vergleich des Haftungsumfangs nach Summenhaftungs- und Exekutionssystem	144
§ 9 Der Eintritt der Haftungsbeschränkung	146
I. Mögliche Gestaltungsformen einer Haftungsbeschränkung im Lichte der begrifflichen Unterscheidung von Schuld und Haftung	146
1. Begrenzung der Schuld	146
2. Beschränkung der Haftung (im eigentlichen Sinne)	147
a) Eintritt der Haftungsbeschränkung ipso iure	147
b) Beschränkbare Haftung	148
3. Mögliche Ausgestaltung eines Summenhaftungssystems	148
II. Die im Seerechtsänderungsgesetz vorgesehene Regelung	149
1. Der Inhalt der künftigen Regelung	149
2. Würdigung der künftigen Regelung	151
a) Vereinbarkeit mit dem Reederhaftungsabkommen	151
b) Zweckmäßigkeit der künftigen Regelung	154
III. Haftungsbeschränkung und Erkenntnisverfahren	156
1. Die künftige Rechtslage	156
2. Auseinandersetzung mit der an der künftigen Rechtslage geübten Kritik	158
§ 10 Das Seerechtliche Verteilungsverfahren	160
I. Vorbemerkung: Allgemeines zu den verfahrensrechtlichen Vorschriften des Reederhaftungsabkommens	160
II. Die allgemeine Problematik des Seerechtlichen Verteilungsverfahrens	161
III. Überblick über den Verlauf eines Seerechtlichen Verteilungsverfahrens	166
1. Antrag auf Eröffnung des Verteilungsverfahrens	166
a) Allgemeines	166
b) Zuständigkeit	166
c) Der Inhalt des Antrags	167
2. Festsetzung der Haftungssumme	170
a) Allgemeines zum Festsetzungsbeschuß	170
b) Fakultative Zulassung der Sicherheitsleistung an Stelle der Bareinzahlung	171

Inhaltsverzeichnis

c) Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung . . .	172
3. Einzahlung der Haftungssumme	173
a) Errichtung des Haftungsfonds durch Bareinzahlung . .	173
b) Errichtung des Haftungsfonds durch Sicherheitsleistung .	174
aa) Allgemeines	174
bb) Übernahme einer bereits bestehenden Sicherheit in das Verteilungsverfahren	174
cc) Spätere Ergänzung der Sicherheit	175
4. Eröffnung des Verteilungsverfahrens	176
a) Eröffnungsbeschluß	176
b) Wirkungen der Verfahrenseröffnung	178
aa) Gegenständliche Beschränkung der Haftung des Reeders und der ihm gleichgestellten Personen . .	178
bb) Wirkung der Verfahrenseröffnung auf Rechtsstreitigkeiten	180
cc) Wirkung auf die Zwangsvollstreckung	180
dd) Wirkung auf ein späteres Konkursverfahren oder gerichtliches Vergleichsverfahren	181
ee) Aufrechnungsverbot	183
ff) Wirkung der Verfahrenseröffnung auf Sicherheiten, die für einen der Haftungsbeschränkung unterliegen- den Anspruch bestehen	183
5. Bestellung eines Sachwalters	183
6. Gläubigeraufgebot	185
a) Öffentliche Aufforderung	185
b) Öffentliche Bekanntmachung	186
7. Rechtsmittel gegen Festsetzungs- und Eröffnungsbeschluß . .	186
8. Anmeldung von Ansprüchen	188
a) Allgemeines	188
b) Rückgriffsrecht eines Schuldners	190
9. Prüfungsverfahren und Feststellung der Ansprüche . . .	191
a) Prüfungstermin	191
b) Feststellung der Ansprüche	191
aa) Allgemeines	191
bb) Die Beseitigung von Widersprüchen gegen angemeldete Ansprüche	194
c) Besondere Bestimmungen der Seerechtlichen Verteilungs- ordnung hinsichtlich der Bindungswirkung von Entschei- dungen, die außerhalb des Verteilungsverfahrens zwischen dem Gläubiger eines angemeldeten Anspruchs und seinem Schuldner ergehen	197
aa) Besonderheiten in bezug auf Entscheidungen, die sich im Verteilungsverfahren zu gunsten des anmel- denden Gläubigers auswirken	197

Inhaltsverzeichnis

bb) Besonderheiten in bezug auf Entscheidungen, die sich im Verteilungsverfahren zu u n g u n s t e n des anmeldenden Gläubigers auswirken	202
d) Die mit der Feststellung eines Anspruchs verbundenen Wirkungen	205
aa) Erlöschen der persönlichen Haftung	205
bb) Erlöschen privatrechtlicher Sicherungsrechte	208
cc) Endgültige Einstellung der Zwangsvollstreckung	211
10. Verteilung des Haftungsfonds	212
a) Verzeichnis der bei einer Verteilung zu berücksichtigenden Ansprüche	212
b) Verteilung	213
aa) Verteilungsgrundsätze	213
bb) Vollzug der Verteilung	215
cc) Erlöschen der persönlichen Haftung	216
c) Weitere Verteilung	216
11. Aufhebung des Verfahrens	217
a) Voraussetzungen der Aufhebung	217
b) Wirkungen des Aufhebungsbeschlusses	217
12. Nachtragsverteilung	219
13. Kosten des Verfahrens	219
a) Kosten aus der Bestellung des Sachwalters und aus Rechtsstreitigkeiten über angemeldete Ansprüche	219
aa) Vom Antragsteller zu tragende Kosten	220
bb) Dem Haftungsfonds zur Last fallende Kosten	220
b) Gerichtskosten	221
14. Rechtsanwaltsgebühren	222
15. Ansprüche der Gläubiger auf Erstattung ihrer außergerichtlichen Kosten	222
IV. Weitere Einzelheiten des Seerechtlichen Verteilungsverfahrens	223
1. Anmeldung von Ansprüchen nur dem Grunde nach	223
2. Das Verteilungsverfahren mit Wirkung nur für Ansprüche wegen Sachschäden	224
a) Vorbemerkung	224
b) Antrag auf Eröffnung des Verfahrens	225
aa) Antrag in den Fällen des § 4 Abs. 4 SRVertO	225
bb) Antrag im Falle des § 5 Abs. 2 SRVertO	226
c) Festsetzung der zum Ersatz der Sachschäden dienenden Haftungssumme	227
aa) Festsetzung in den Fällen des § 4 Abs. 4 SRVertO	227
bb) Festsetzung im Falle des § 5 Abs. 2 SRVertO	227
d) Einzahlung der Haftungssumme	228
e) Eröffnung des Verfahrens	228

Inhaltsverzeichnis

f) Gläubigeraufgebot	228
g) Anmeldung und Feststellung der Ansprüche, Verteilung des Haftungsfonds	229
h) Nachträgliche Erweiterung des Verfahrens auf Ansprüche wegen Personenschäden	229
aa) Erweiterung des Verfahrens von Amts wegen	229
bb) Erweiterung des Verfahrens auf Antrag eines Schuldners	232
3. Einstellung des Verfahrens	234
a) Mögliche Fälle einer Verfahrenseinstellung	234
b) Wirkung der Verfahrenseinstellung	234
c) Schutz der Gläubiger, die bis zur Einstellung am Verfahren teilnehmen	236
aa) Problemstellung	236
bb) Vervollständigung des Haftungsfonds durch die am Verfahren teilnehmenden Gläubiger	236
cc) Vorschriften zum Schutz der Gläubiger gegen mög- liche Nachteile der Verfahrenseinstellung	237
4. Verteilungsverfahren mit Wirkung für Ansprüche, die aus- ländischem Recht unterliegen	242
5. Materiellrechtlicher Anhang: Ausgleichung zwischen mehre- ren Schuldnern	243
§ 11 Berücksichtigung der summenmäßigen Haftungsbeschränkung unab- hängig von der Durchführung eines Seerechtlichen Verteilungsver- fahrens	245
I. Errichtung des Haftungsfonds im Ausland	245
II. Aufhebung von Arresten	246
Nachtrag	250
Literaturverzeichnis	261